

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,
uns wurde die geprüfte Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009 vorgelegt. Wir werden aufgefordert die Entlastung des Bürgermeisters gemäß Paragraf 93 Abs. 2 Gemeindeordnung zu erteilen. Dieser Beschluss soll vorbehaltlos sein.

Aus dem Prüfbericht ergibt sich u.a. folgender Sachverhalt:

Nach der Dienstwagenaffäre des Bürgermeisters führte im Jahre 2009 das Finanzamt Angermünde eine Lohnsteueraußenprüfung durch. Im Rahmen dieser Prüfung wurde festgestellt, dass der Dienstwagen aufgrund seiner privaten Nutzung nicht ordnungsgemäß versteuert wurde. Hieraus ist eine Nachforderung von über 5.000 € entstanden. Dem Bürgermeister muss bekannt gewesen sein, dass die Führung eines Fahrtenbuches erforderlich war bzw. dass die 1-Prozent-Regelung für Arbeitnehmer verbindlich ist. Abweichungen müssen nachgewiesen werden. All diese bekannten Regelungen wurden ignoriert.

Die Verantwortung lag beim Bürgermeister und niemandem anders. Im Jahre 2009 fragte wir nach Betriebsprüfungen, Außenprüfung oder ähnlichen Prüfungen in der Stadtverwaltung nach. Nicht der kleinste Hinweis auf die damals laufende Lohnsteueraußenprüfung. Die Lohnsteueraußenprüfung wurde uns schlicht verschwiegen. Wir wurden belogen!

Die Entlastung bedeutet, dass wir mit der Haushaltsführung des Bürgermeisters einverstanden sind. Mit der Entlastung billigen wir das vorgelegte Zahlenwerk.

Dieses Zahlenwerk beinhaltet die Lohnsteuerverkürzung i.S. Dienstwagen.

Wir billigen dies nicht! Unsere Fraktion, „Freies Prenzlau Bürgerbündnis“ wird nie der Entlastung zustimmen.

Und bitte verzichten sie auf den Einwand, diese 5.000 € sein zum Gesamthaushalt Peanuts.

Meine Damen und Herrn, es sind keine Peanuts. Erinnern wir uns, ein Amtsleiter wurde vom einen zum anderen Tag gekündigt - wegen einer Benzinquittung!

Es wird heißen: Die Großen lässt man laufen, die Kleinen hängt man!

gez. Thomas Richter